

Linksblick

Die Zeitung der Linken für Teltow-Fläming

www.dielinke-tf.de

30. Jahrgang · 298. Ausgabe · Februar / März 2026



Wohnen ist ein Grundrecht – und muss bezahlbar sein!

Wohnen ist ein Menschenrecht

Mit der Mietenkampagne der Linken wird der städtische Raum und klassisches Mietklientel angesprochen, aber auch »wohnen« im ländlichen Raum soll berücksichtigt werden.

Angesichts rasant steigender Mieten, wachsender Wohnungsnot und zunehmender Verdrängung, die sich bis in den ländlichen Raum auswirkt, verstehen wir Wohnen als ein Grundrecht. Ziel ist es, den Druck auf Mieter*innen zu mindern, Spekulation mit Immobilien und Boden zu bekämpfen und strukturelle Veränderungen auf dem Wohnmarkt durchzusetzen.

Als Kern dafür wird ein bundesweiter Mietendeckel verstanden, der Spekulation und Verdrängung beenden soll. Wir kritisieren, dass bisherige Instrumente wie die Mietpreisbremse weitgehend wirkungslos bleiben, da sie zu viele Ausnahmen zulassen und kaum kontrolliert werden. Wir fordern klare gesetzliche Obergrenzen. Mieterhöhungen sollen nur in engen Grenzen möglich sein, um bezahlbares Wohnen dauerhaft zu sichern.

Außerdem fordern wir massiven Ausbau des öffentlichen/gemeinnützigen Wohnungsbaus. Wir fordern, dass der Staat wieder seiner Verantwortung den Bürger*innen gegenüber gerecht wird, indem er jährlich hunderttausende Sozial- und Gemeindewohnungen schafft. Bestehende Wohnungsbestände sollen erhalten und nicht weiter privatisiert werden. Gleichzeitig kämpfen wir für die Vergesellschaftung großer Immobilienkonzerne, die mit Wohnraum nur das Ziel hoher Profite verfolgen und damit Verdrängung vorantreiben. Wir setzen auf außerparlamentarische Beteiligung. Mit Mieterberatungen, Haustürgesprächen und Aktionen vor Ort wollen wir Betroffene direkt unterstützen. Unsere Kampagne versteht sich nicht als Wahlkampfinstrument, sondern als langfristige Bewegung für soziale Gerechtigkeit.

Hierfür benötigen wir Unterstützung. Die Linke konnte im vergangenen Jahr viele Neueintritte verbuchen. Allein in Teltow-Fläming sind wir um über einhundert Mitglieder gewachsen. Wer sich

vorstellen kann an Aktionen zur Mieterberatung, Haustürgesprächen oder anderen Formaten teilzunehmen, ist aufgerufen, sich bei uns zu melden.

Auch von **Mietproblemen** betroffene Menschen sind herzlich gebeten, sich bei uns zu melden. Schreibt gerne einfach eine Mail an info@dielinke-tf.de oder sprecht uns direkt an. Wir verbinden konkrete Hilfe im Alltag mit dem Anspruch, die Machtverhältnisse auf dem Wohnungsmarkt grundlegend zu verändern.

Insgesamt steht die Mietenkampagne der Partei Die Linke für einen klaren Gegenentwurf zur profitorientierten Wohnungspolitik. Wir machen deutlich, dass die Wohnungsfrage eine Klassenfrage ist und nur durch konsequentes politisches Handeln im Interesse der Mehrheit gelöst werden kann.

Tobias Lübbert, Mitglied des Kreisvorstandes

Thierisch gesehen



Liebe Leser*innen, liebe Genoss*innen,

zum Thema Rettungsdienstgebühren war der Landkreis seit Jahren auf dem festen Standpunkt, dass bei der Gebührekalkulation nicht nur die »echten« Einsätze dem Rettungsdienst durch die Krankenkassen erstattet werden müssen, sondern auch die sogenannten Fehlfahrten. Wenn also beispielsweise der Patient nicht ins Krankenhaus eingeliefert werden muss, wenn er bereits verstorben ist oder auch, wenn kein Patient vor Ort mehr angetroffen wird. So oder so kam es ja aber trotzdem zu einem kostenpflichtigen Einsatz des Rettungsdienstes. Die Krankenkassen sahen das anders und klagten. Wenn kein Patient ins Krankenhaus eingeliefert wird, sei auch nicht zu zahlen. Wohlgermerkt und etwas zynisch: Wenn der nicht krankhauspflichtige oder sogar schon verstorbene Patient bis ins Krankenhaus gefahren würde, würden die Kassen zahlen? Und so nebenbei auch noch die weitere Überlastung von Notaufnahmen fördern? So oder so hat nun das Obergericht entschieden, dass die Krankenkassen nicht zahlen müssen und die Fehlfahrten durch den Landkreis, sprich mit Steuergeld, zu begleichen seien. Das ist nicht nur ein riesiges finanzielles Problem, wir reden hier über mittlerweile aufgelaufene mehrere Millionen Euro, sondern auch ein rechtliches. Denn die Gebührekalkulation richtet sich klar am Brandenburger Rettungsdienstgesetz aus. Hier hat also nun die Brandenburger Landesregierung einen Handlungsauftrag!

Felix Thier, Vorsitzender des Kreisverbandes

Die Linke

Kreisverband
Teltow-Fläming



Foto: privat

»Das Leben ist für viele unbezahlbar geworden«

Seit knapp einem Jahr sitzt **Isabelle Vandré** für Die Linke im Bundestag. Mit Linksblick sprach sie über steigende Mieten und Lebenshaltungskosten – und darüber, was dem Rechtsruck entgegengesetzt werden kann.

Die Linke will sich in diesem Jahr verstärkt für die Bezahlbarkeit des Lebens einsetzen. Warum?

Isabelle Vandré: Wir hören von immer mehr Menschen, dass sie sich Miete und Lebensmittel kaum noch leisten können. In Potsdam bieten wir zum Beispiel regelmäßig Sozial- und Rechtsberatungen an. In den letzten Monaten häufen sich dort Fälle, in denen Menschen mit horrenden Nebenkostennachforderungen konfrontiert sind – teilweise mehrere Tausend Euro. Gleichzeitig steigen die monatlichen Betriebskostenvorauszahlungen oft um mehr als 200 Euro. Das können viele Menschen mit einem durchschnittlichen Einkommen schlicht nicht stemmen.

Und was kann man dagegen tun?

Isabelle Vandré: Zunächst prüfen wir die Heizkostenabrechnungen. Gerade bauen wir ein Team von Ehrenamtlichen auf, das diese Checks künftig in größerem Umfang übernehmen soll. Häufig sind Betriebskostenabrechnungen fehlerhaft, sodass wir für Mieter*innen einen Teil des Geldes zurückholen können. Es gibt aber auch Fälle, in denen nichts zu machen ist. Dann wird schnell deutlich: Für diese Menschen ist das Leben unbezahlbar geworden. Deshalb ist mir wichtig zu betonen, dass konkrete Hilfe – etwa durch den Heizkostencheck – nur eine Seite der Medaille ist. Die andere ist der Einsatz für politische Veränderungen.

Was meinst du damit konkret?

Isabelle Vandré: Beides gehört untrennbar zusammen. Wir müssen den Menschen im Hier und Jetzt helfen, damit sie zum Beispiel in ihrer Wohnung bleiben können. Gleichzeitig müssen wir sie ermutigen, gemeinsam mit uns dafür zu kämpfen, dass das Leben wieder bezahlbar wird. Denn klar ist doch: Mieten oder Lebensmittelpreise steigen nicht einfach von selbst, sie werden aktiv erhöht. Entsprechend müssen wir die politischen Rahmenbedingungen so verändern, dass diese Preise wieder sinken. Dafür braucht es allerdings deutlich mehr Druck von unten.

Gleichzeitig machen sich immer mehr Menschen Sorgen wegen des Rechtsrucks.

Isabelle Vandré: Wenn wir dem Rechtsruck etwas entgegensetzen wollen, müssen wir bei der Lebensrealität der Menschen ansetzen. Und das ist die Bezahlbarkeit des Lebens eines der drängendsten Probleme. Deshalb müssen wir uns auch vehement gegen den drohenden Sozialkahlschlag stellen. Wer – wie in Potsdam – den Deckel für das Schulmittagessen abschaffen will und damit das Leben für viele Familien deutlich verteuert, spart vielleicht kurzfristig Geld. Am Ende stärkt man damit jedoch vor allem die AfD.

Das Interview führte Robert Kosin.



Foto: Kurdistan Flagge Kobani, Pixabay

Her Biji Kurdistan*

*Es lebe Kurdistan

Die Situation in Syrien ist katastrophal. Täglich gibt es Brüche des Völkerrechts sowie schwerste Menschenrechtsverletzungen. Kurd*innen, Alawit*innen, Christ*innen und Drus*innen werden angegriffen, verfolgt und getötet. Sie sind massiven Angriffen, Vertreibung und Belagerungen ausgesetzt. Besonders betroffen ist Nordostsyrien/Rojava. Dort haben Kurd*innen, gemeinsam mit anderen ethnischen und religiösen Gruppen, jahrelang gegen den IS gekämpft. Dies konnte nur gelingen durch die Unterstützung von Frauenverteidigungseinheiten, basisdemokratischen Strukturen und internationaler Solidarität. Sie haben Gesellschaftsstrukturen aufgebaut, die soziale Gerechtigkeit an erste Stelle setzen. Dazu gehört die geschlechtergerechte Selbstverwaltung und der Schutz von ethnischen und religiösen Minderheiten. Die Türkei unterstützt dschihadistische Milizen, bombardiert kurdische Gebiete und destabilisiert die Region. Gemeinsam mit islamistischen Akteur*innen soll das emanzipatorische Rojava zerstört werden. Die Gewalt trifft unschuldige Menschen jeden Tag. Wir dürfen Menschen in Notsituationen niemals alleine lassen. Frauen werden gedemütigt und verspottet, auch wegen ihres Aussehens und ihrer Haare. Kinder, Frauen und Männer werden gefoltert



und misshandelt, während die Welt wegschaut. Viele Menschen haben keinen Zugang zu Wasser, keinen Strom und kein Zuhause mehr. Häuser sind zerstört, Familien schlafen auf der Straße oder befinden sich in den Fängen der Terrorist*innen. Die politischen Forderungen müssen lauten: Sanktionen gegen das IS-Regime und andere terroristische Gruppen, die Anerkennung des Staates Kurdistan, das Einfrieren ausländischer Konten extremistischer Akteur*innen, mehr finanzielle Mittel für humanitäre Hilfe, keine Kooperation mit Al-Sharaa, die sofortige Aussetzung aller Abschiebungen in Kriegsgebiete, die staatliche Anerkennung des Bürgerkrieges in Syrien, die Schaffung sicherer Fluchtwege und Bekämpfung der Fluchtursachen sowie Sanktionen gegen die Türkei und den Stopp von Abkommen mit der Türkei (z.B. EU-Türkei-Abkommen, Rüstungsdeals, Wirtschaftsdeals). Kurdistan war und ist ein Lichtblick für demokratische Werte in der Region. Gemeinsam müssen wir Druck auf die Bundesregierung ausüben, damit ein Kurswechsel vollzogen wird. Für uns ist internationale Solidarität nicht nur eine Phrase. Wir stehen zusammen im Kampf gegen alle Unterdrücker*innen dieser Welt.

Tom Siedenberg,
Linksjugend

Damit keiner alleine gelassen wird:

»Gemeinsam statt Einsam« ging in die zweite Runde



Foto: rawpixel/FreePik

Auch in diesem Jahr fand in Luckenwalde wieder die Veranstaltung »Gemeinsam statt Einsam« statt. Was zu Weihnachten 2024 als kleines, aber herzliches Angebot in den Räumen der Volkshochschule begann, hat sich inzwischen sichtbar weiterentwickelt. Mit deutlich mehr organisatorischer Unterstützung und wachsender Beteiligung ist die Veranstaltung nun in die Petrikerkirche in Luckenwalde umge-

zogen – ein Ort, der mit seiner offenen und warmen Atmosphäre den passenden Rahmen für dieses besondere Miteinander bot.

Die Planung und Umsetzung lagen diesmal in den Händen einer Vielzahl engagierter Vereine und Initiativen, die sich zusammengeschlossen haben, um das Projekt auf breitere Füße zu stellen. Ihr gemeinsames Ziel: Menschen einen Ort zu bieten, die sonst niemanden haben, mit dem sie die Weihnachtszeit verbringen können.

Gerade an den Feiertagen wird Einsamkeit für viele besonders spürbar – umso wichtiger sind Angebote, die Begegnung, Gemeinschaft und ein Gefühl von Zugehörigkeit ermöglichen.

Die Gäste erwartete ein liebevoll gestalteter Nachmittag. Neben leckerem Kuchen und warmen Getränken stand vor allem das

Zusammensein im Mittelpunkt. Es wurde geredet, gelacht und zugehört – oft sind es genau diese einfachen Momente, die besonders viel bedeuten. Für musikalische Begleitung sorgten zwei Musikgruppen, die mit bekannten Liedern zum Mitsingen einluden. Die Musik schuf eine verbindende Stimmung im Raum und ließ schnell ein Gefühl von Gemeinschaft entstehen, selbst zwischen Menschen, die sich vorher nicht kannten.

Solche Veranstaltungen zeigen, wie viel durch solidarisches Handeln vor Ort bewegt werden kann. Sie machen deutlich, dass Einsamkeit kein individuelles Versagen ist, sondern eine gesellschaftliche Herausforderung, der man nur gemeinsam begegnen kann. Das Engagement der vielen Ehrenamtlichen, Helferinnen und Organisatorinnen verdient großen

Respekt. Mit viel Zeit, Herz und Einsatz haben sie einen Raum geschaffen, in dem sich Menschen willkommen und gesehen fühlen konnten. Wir bedanken uns herzlich bei den Veranstalter*innen, dass wir dabei sein durften. Als Die Linke Teltow-Fläming bewundern wir den Einsatz für das Gemeinwohl und die starke Solidarität mit von Einsamkeit betroffenen Menschen. Solche Initiativen stärken den gesellschaftlichen Zusammenhalt und zeigen, wie wichtig Mitgefühl und praktische Unterstützung im Alltag sind. Wir hoffen sehr, dass Luckenwalde auch in den kommenden Jahren Schauplatz dieser großartigen Veranstaltung bleibt – und dass auch künftig viele Menschen hier ein schönes, ruhiges und besinnliches Weihnachtsfest im Herzen der Stadt erleben können. Denn niemand sollte die Feiertage alleine verbringen müssen.

Elian Franz,
Mitglied des Kreisvorstandes

Grenzen überwinden. Gemeinsam.

Neujahrstreffen der BO Libelle stärkt Vernetzung und Solidarität

Unter dem Motto »Grenzen überwinden. Gemeinsam.« fand am 4. Januar im Café Leben in Golßen ein besonderes Neujahrstreffen statt. Zehn Basisorganisationen aus den Kreisverbänden Dahme-Spreewald und Teltow-Fläming kamen auf Einladung der Basisorganisation (BO) Libelle zusammen, um sich auszutauschen, voneinander zu lernen und gemeinsame politische Perspektiven für das neue Jahr zu entwickeln. In einer Zeit wachsender sozialer Ungleichheit, politischer Polarisierung und zunehmenden Drucks auf demokratische Strukturen war dieses Treffen ein wichtiges Signal: Linke Politik lebt von Solidarität und Zusammenarbeit. Im Mittelpunkt des Treffens stand der offene und ehrliche Austausch über die Arbeit vor Ort. Die Teilnehmenden berichteten von ihren Erfahrungen in den Kommunen, von erfolgreichen Aktionen, aber

auch von Herausforderungen im politischen Alltag.

Dabei wurde deutlich, wie unterschiedlich die Rahmenbedingungen in den einzelnen Regionen sind – und zugleich, wie ähnlich die zentralen Probleme: steigende Lebenshaltungskosten, eine angespannte soziale Lage, fehlende Teilhabe und der zunehmende Einfluss rechter Kräfte. Gerade hier zeigte sich der große Wert der Vernetzung über Kreisgrenzen hinweg.

Neben dem Rückblick auf bisherige Aktivitäten wurde intensiv über gemeinsame Aktionen und zukünftige Projekte diskutiert. Ob Sozialberatung, antifaschistische Arbeit, Unterstützung von Protesten oder niedrigschwellige Angebote für Bürger*innen – immer wieder wurde betont, dass linke Politik dann stark ist, wenn sie sichtbar, ansprechbar und solidarisch ist.



Foto: R. Kosin

Das Treffen bot Raum für neue Ideen und konkrete Verabredungen, wie Aktionen künftig gemeinsam geplant und umgesetzt werden können. Das Café Leben in Golßen erwies sich dabei nicht nur als Veranstaltungsort, sondern als Symbol: ein Ort der Begegnung, des Miteinanders und der Offenheit. In dieser Atmosphäre wurde spürbar, was uns verbindet: der Wille, gesellschaftliche Grenzen zu überwinden – zwischen Stadt und Land, zwischen Generationen, zwischen unterschiedlichen

Lebensrealitäten. Das Treffen hat gezeigt, wie viel Kraft in der Zusammenarbeit an der Basis steckt. Es war ein gelungener Auftakt ins neue Jahr und ein starkes Zeichen für eine linke Politik, die nicht trennt, sondern verbindet. Gemeinsam, solidarisch und entschlossen wollen die Basisorganisationen auch 2026 für eine gerechte, soziale und demokratische Zukunft kämpfen.

Robert Kosin, Geschäftsführer
des Kreisverbandes

Erinnern heißt Handeln

LL-Gedenken auch in Teltow-Fläming

Am 17. Januar versammelten sich in Wünsdorf, an einem oft übersehenen, doch geschichtsträchtigen Ort, zahlreiche Genoss*innen, Sympathisant*innen und Interessierte, um gemeinsam an zwei der bedeutendsten Persönlichkeiten der deutschen Arbeiterinnenbewegung zu erinnern: Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht.

Rosa und Karl stehen wie kaum andere für unerschütterlichen Einsatz gegen Krieg, Unterdrückung und soziale Ungerechtigkeit. Sie kämpften in einer Zeit extremer gesellschaftlicher Spannungen für Frieden, Freiheit und die Rechte der arbeitenden Bevölkerung. Ihr Vermächtnis, so Linken-Kreisge-

schäftsführer Robert Kosin, ist heute noch von großer Bedeutung: In einer Welt, in der soziale Spaltungen wachsen, Menschenrechte angegriffen werden und Militarismus erneut auf dem Vormarsch ist, sei das Erinnern an diesen Geist nicht nur eine historische Pflicht, sondern ein politisches Handeln im Hier und Jetzt.

Die Wahl des Ortes – Wünsdorf – war bewusst: Als ehemaliger Militärstandort mit wechselvoller Geschichte steht er symbolisch für die Widersprüche unserer Zeit. Gerade hier wurde deutlich, wie wichtig es ist, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, um Zukunft gestalten zu können.

Robert Kosin betonte, dass Erinnerung nicht Selbstzweck sein darf, sondern Ansporn ist, für eine gerechte Gesellschaft einzutreten. Die Veranstaltung war geprägt von persönlicher Betroffenheit und politischer Entschlossenheit. Kerngedanke war: Die Ideale Luxemburgs und Liebknechts – Frieden, Solidarität, Gleichheit – sind aktueller denn je. Angesichts globaler Krisen, sozialer Ungleichheit und politischer Polarisierungen sei es wichtig, das Erbe dieser Kämpfer für Gerechtigkeit wachzuhalten, weiterzugeben und praktisch umzusetzen. In einer Zeit, in der politische Auseinandersetzungen oft oberflächlich geführt werden,

setzt Die Linke Teltow-Fläming mit diesem Gedenken ein deutliches Zeichen: Erinnern heißt handeln. Nur wer die Wurzeln unserer demokratischen und sozialen Errungenschaften kennt, könne die aktuellen Herausforderungen – von sozialer Ungleichheit über Klimagerechtigkeit bis zur Friedenspolitik – konstruktiv und solidarisch angehen. Der Kreisverband dankt allen, die gekommen sind, um diesen besonderen Ort mit Leben zu füllen. Gleichzeitig ist der Aufruf eindeutig: Das Engagement gegen Ausgrenzung, Ungerechtigkeit und Militarisierung müsse politisch weitergeführt werden – auch über Gedenktage und Jubiläen hinaus.

Robert Kosin, Geschäftsführer des Kreisverbandes



Foto: E. Lese

Gedenken in Jüterbog (links) und in Luckenwalde (rechts)



Foto: W. Thier



Foto: W. Burkhardt



Foto: W. Burkhardt

Mahnendes Erinnern am Denkmal auf dem Friedhof Ludwigsfelde

Am **27. Januar** wird alljährlich der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die **Rote Armee im Jahr 1945** gedacht. Der Tag ist Gedenktag für die Opfer des Faschismus. Auch in diesem Jahr gedachten Mitglieder und Sympathisierende unserer Partei den Opfern der Nationalsozialisten und legten an mehreren Orten im ganzen Landkreis Blumen nieder.

Gemeinsam stark:

Sozialberatung vor Ort – gelebte Solidarität

Undurchschaubare Bescheide, komplexe Anträge und das Gefühl, mit Behörden alleingelassen zu sein. Genau hier setzt »Die Linke hilft« an – ein bundesweit organisiertes Beratungsnetzwerk unserer Partei, das Menschen in sozialen Notlagen direkt unterstützt und konkrete Hilfe anbietet.



Soziale Gerechtigkeit ist für uns kein abstrakter Begriff, sondern gelebte Praxis. Deshalb bieten wir in Luckenwalde, Ludwigsfelde und Jüterbog regelmäßig kostenlose Sozialberatungen in unseren Geschäftsstellen an – für alle, die Fragen rund um Arbeitslosengeld, Wohngeld, Pflegegeld oder Kriegsdienstverweigerung haben.

Unsere Beratung ist unverbindlich, unabhängig, keine Rechtsberatung und offen für alle Menschen, egal ob Parteimitglied oder nicht. In den Beratungen unterstützen wir z. B. bei: Arbeitslosen- & Bürgergeld: Hilfe beim Antrag, Verständnis von Bescheiden und Begleitung zu Terminen. Wohngeld: Prüfung von Ansprüchen, Unterstützung beim Ausfüllen des Antrags. Pfl-

gebedürftigkeit: Informationen über Anspruchsvoraussetzungen, Formulare und Widerspruchsmöglichkeiten. Kriegsdienstverweigerung: Beratung für Menschen, die aus Gewissensgründen nicht dienen möchten, inklusive rechtlicher Orientierung. Beratung für Opfer rechter Gewalt: Wir bieten Raum zum Austausch, Information über Unterstützungsangebote und vermitteln bei Bedarf weiterführende Hilfen bzw. Fachkontakte.

Unser Ansatz ist dabei immer solidarisch und empowernd: Wir wollen nicht nur Anträge erklären, sondern Menschen darin bestärken, ihre Rechte selbstbewusst wahrzunehmen. Oft geben schon ein klärendes Gespräch und verständliche Erklärungen Sicherheit, die nötig ist, um schwierige Situationen zu meistern.

Wir wissen: Viele Betroffene kennen ihre Rechte nicht, Formulare

wirken abschreckend, und bürokratische Hürden führen dazu, dass Leistungen nicht beantragt werden, auf die Menschen eigentlich Anspruch hätten. Das wollen wir ändern. Mit unserer Beratungsarbeit schaffen wir niedrigschwellige Zugänge, informieren über Ansprüche und begleiten bei Bedarf Schritt für Schritt.

Unsere Angebote sind Teil der bundesweiten Initiative Die Linke hilft! Sie verknüpft lokale Praxis mit politischem Engagement: Die Erfahrungen aus den Beratungen fließen in unsere politische Arbeit, damit wir gemeinsam strukturelle Ungerechtigkeiten sichtbar machen und bekämpfen.

Kommt vorbei – wir sind für euch da. Gemeinsam schaffen wir Perspektiven statt Ohnmacht, Solidarität statt Abschottung.

Robert Kosin, Geschäftsführer des Kreisverbandes

4 Jahre Krieg: Nächstenliebe ist stärker als Hass

Vier Jahre Krieg, vier Jahre Terror, vier Jahre Tod und Verderben. Es wird Zeit eine Bilanz zu ziehen, es wird Zeit das Thema wieder in den Mittelpunkt der Gesellschaft zu rücken. Denn nach wie vor sterben Menschen in der gesamten Ukraine. Und das täglich. Durch Raketen, Panzer oder Soldaten. Das einzige was sich verändert hat ist die Stimmung dazu in unserem Land. Die anfängliche Welle der Solidarität in der Bevölkerung und durch den deutschen Staat ist abgeflacht. Mittlerweile reichen Nachrichten aus der Ukraine nur noch für ein Augenrollen. Aber warum ist das so?

Als eine Person, die seit dem frühen Morgen des 1. März 2022 geflüchtete Menschen aus der Ukraine

unterstützt hat, sowohl in der Erstaufnahme als auch in den Grenzregionen und bei uns in Teltow-Fläming, war es besorgniserregend zu sehen, wie die anfängliche Solidarität Stück für Stück abgenommen hat. Letztendlich ist die Stimmung gekippt. Der Grund? Ähnlich wie schon in der Pandemie wurde das Thema politisch von reaktionären Parteien instrumentalisiert, mit falschen Fakten künstlich aufgeladen und als Ausrede für die Missstände in Deutschland genutzt.

Wieder einmal haben rechte Kräfte es geschafft, eine Gruppe, welche vor lauter Leid und Elend ihr

Zuhause verlassen musste, als Sündenböcke für die Probleme eines der reichsten Länder der Erde verantwortlich zu machen. Doch es gibt Hoffnung: Noch immer gibt es Helfer*innen, welche sich für Menschen aus der Ukraine und in der Ukraine einsetzten. Neben den offensichtlichen Angeboten wie dem Berlin Arrival Support (BAS) in Berlin gibt es auch in der Region noch Menschen, welche sich für die Ukraine stark machen.

Einer von ihnen ist Matthias Maiwald, welchen ich im Rahmen eines Bürgerdialogs im Bahnhof in Klasdorf kennenlernen durfte. Der gebürtige Glashütter

sprach das erste Mal so ausführlich über seine Erfahrungen in und mit der Ukraine. Im Rahmen der Veranstaltung sprach

er über seine humanitären Einsätze, welche ihn vom Westen der Ukraine in Lwiw bis an die Front nach Charkiw gebracht haben. Als Motivation nannte er neben seinem Glauben an Gott sein Verlangen, den Menschen zu helfen, die Vergessen wurden.

Ich möchte Herrn Maiwald noch einmal meine Anerkennung aussprechen und mich für die Einladung zu der Veranstaltung bedanken. Weiterhin wünsche ich ihm und seinen Unterstützer*innen alles Gute für die Zukunft, auf das sie weiterhin den Menschen helfen können, welche von uns vergessen oder nicht gerettet werden konnten.

Es ist nie zu spät sich zu engagieren, denn wenn jeder nur einem anderen Hilft, dann ist irgendwann jedem geholfen!

Elian Franz, Mitglied des Kreisvorstandes



Zwangsarbeit gedenken

Erinnern heißt Verantwortung übernehmen

Ludwigsfelde trägt ein dunkles Kapitel deutscher Geschichte in sich.

Zwischen 1936 und 1945 wurden auf dem Gelände des damaligen Daimler-Benz-Flugzeugmotorenwerks Zigtausende Kriegsgefangene, zivile Zwangsarbeiter*innen aus ganz Europa sowie KZ-Häftlinge zur Arbeit gezwungen. Unter unmenschlichen Bedingungen produzierten sie für die Rüstungsindustrie des NS-Regimes. 1944 stellten Ausländer*innen bis zu 70 Prozent der Belegschaft – viele von ihnen entrechtet und ausgebeutet.

Trotz dieser historischen Bedeutung ist die Erinnerung an die Zwangsarbeit in Ludwigsfelde bis heute kaum sichtbar. Ehemalige Lagerstandorte, Arbeitsorte und Begräbnisstätten sind im Stadtbild weitgehend unsichtbar. Eine würdige, dauerhafte Form des Ge-

denkens fehlt bislang. Genau hier setzt der Arbeitskreis Zwangsarbeit gedenken an. Auf der Website <https://zwangsarbeit-ludwigsfelde.de/> werden die Geschichte der Zwangsarbeit in Ludwigsfelde dokumentiert, bekannte Lagerstandorte kartiert und Perspektiven für eine zeitgemäße Erinnerungskultur aufgezeigt. Ziel ist es, die Opfer sichtbar zu machen und die Verantwortung der Stadtgeschichte anzuerkennen.

In den vergangenen Jahren fanden bereits Gedenkveranstaltungen, Vorträge, Filmvorführungen und Rundgänge statt, die Wege und Lebensbedingungen der Zwangsarbeiter*innen nachzeichneten. Diese Initiativen zeigen, wie notwendig eine breitere öffentliche Auseinandersetzung ist.

Für uns als Linke in Teltow-Fläming ist das Gedenken nicht nur eine historische Pflicht, sondern

Überreste der Zwangsarbeiter*innen-Stätte »Deutschlandhalle«, am Bahnhof Birkengrund in Ludwigsfelde



ein politisches und gesellschaftliches Anliegen: Erinnerung schafft Bewusstsein. Unsere Arbeit gegen Ausbeutung, Rassismus und rechte Ideologien ist verbunden mit dem Bemühen, dass die Schicksale der Zwangsarbeiter*innen nicht in Vergessenheit geraten, sondern Teil einer demokratischen Erinnerungskultur werden, die Lehren für Gegenwart und Zukunft zieht. Deshalb unterstützen wir Initiativen wie den Arbeitskreis Zwangsarbeit gedenken. Wir fordern die Stadt Ludwigsfelde auf, dauerhafte, öffentlich sichtbare Er-

innerungsorte zu schaffen, die Geschichte der Zwangsarbeit aufzuarbeiten und die noch bestehenden authentischen Orte zu sichern – bevor sie unwiederbringlich verloren gehen. Erinnerung an Zwangsarbeit bedeutet Würdigung der Opfer und zugleich ein starkes Signal gegen das Wiedererstarken rechter Kräfte und gegen das Vergessen der Verbrechen des Nationalsozialismus.

Robert Kosin, Geschäftsführer des Kreisverbandes

Demonstration in Luckenwalde:

Der (fast) Besuch von Martin Sellner

Eine Demonstration, die schon erfolgreich war, bevor sie überhaupt richtig begonnen hatte? Genau so fühlte es sich in Luckenwalde an. Selten hatte ich die Gelegenheit, eine Veranstaltung zu erleben, bei der bereits im Vorfeld so deutlich wurde, wie viele Menschen Haltung zeigen wollen – und erst recht nicht die Möglichkeit, selbst dort zu sprechen. Rund 150 Teilnehmende versammelten sich, um ein klares Zeichen zu setzen.

Begleitet wurde die Demonstration von zahlreichen Redner*innen mit unterschiedlichen Hintergründen, die jedoch ein gemeinsames Anliegen verband: Widerspruch gegen rechte Ideologien und Solidarität mit den Menschen vor Ort. Die Stimmung war entschlossen, aber friedlich. In meinem Redebeitrag war mir besonders ein Punkt wichtig: der Blick auf die echten Probleme der Menschen in diesem Land. Während sich politische Debatten immer wieder an provokanten Schlagzeilen und rechten Erzählungen abarbeiten, geraten die alltäglichen Sorgen vieler Bürger*innen schnell in den Hintergrund. Steigende Lebenshaltungskosten, unsichere Arbeitsverhältnisse, fehlende soziale Absicherung – das sind die Themen,

die Menschen tatsächlich beschäftigen. Politik darf sich nicht davon treiben lassen, wer am lautesten polarisiert, sondern muss Lösungen für den Alltag der Menschen bieten. Personen wie Martin Sellner liefern darauf keine Antworten. Durch das Land zu touren und immer wieder dieselben Parolen zu wiederholen, löst kein einziges konkretes Problem. Viel reden, wenig handeln – genau dieses Gefühl trägt zur Politikverdrossenheit vieler Menschen bei. Wer ständig einfache Erklärungen für komplexe gesellschaftliche Fragen anbietet, sorgt am Ende vor allem für Enttäuschung und weitere Spaltung. Wir als Die Linke Teltow-Fläming sehen das anders. Veränderung beginnt vor Ort, im direkten Kontakt mit den Menschen. Ob beim gemeinsamen Frühstück, bei »Die Linke hilft«, bei Spendenaktionen oder Familienfesten – Politik zeigt

sich auch im praktischen Handeln. Es geht darum zuzuhören, zu unterstützen und konkrete Verbesserungen anzustoßen, statt nur über Probleme zu sprechen. Gerade deshalb dürfen wir uns nicht weiter spalten lassen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt entsteht nicht durch Ausgrenzung, sondern durch gelebte Solidarität. Sie ist stärker als Ideologien, die auf Angst und Abwertung beruhen. Wenn Menschen füreinander einstehen, entsteht ein Gegengewicht zu Hass und Hetze. Deshalb ist es wichtig, wachsam zu bleiben und sich nicht instrumentalisieren oder aufhetzen zu lassen. Fremdenfeindliche Rhetorik arbeitet oft mit scheinbar einfachen Antworten auf komplizierte Fragen. Doch hinter diesen Parolen steckt keine echte Lösung, sondern ein gefährlicher Irrweg. Umso wichtiger ist es, gemeinsam für eine offene, soziale und solidarische Gesellschaft einzustehen.

Elian Franz, Mitglied des Kreisvorstandes





Foto: privat

Vorgestellt: **Saskia Geppert**

Mehr Platz für Kind und Hund – das war einer der Gründe, warum Saskia Geppert die Großstadt gegen das Dorf eintauschte. Nach ihrem Studium der europäischen Kulturgeschichte und des Kulturmanagements lebte sie mehrere Jahre in Berlin, bevor sie vor vier Jahren nach Niedergörsdorf zog. Ausschlaggebend für diesen Schritt waren neben dem Wunsch nach mehr Raum und Ruhe auch die Nähe zur Familie ihres Partners. Beruflich war Saskia zunächst im Marketing tätig, heute arbeitet sie als Lehrerin. Im Februar 2025 trat sie in unsere Partei ein und wurde im Juli 2025 gemeinsam mit Nicole Liedtke, Max Zauber und Benjamin Petzhold in den Vorstand unseres Regionalverbandes Teltow-Fläming Süd gewählt.

Was ist für dich links?

Es bedeutet für mich, sich für Solidarität und Gerechtigkeit einzusetzen. Obwohl die Gleichheit aller Menschen – unabhängig von Herkunft oder sozialem Hintergrund – eigentlich im Grundgesetz verankert ist, hat sie in unserer Realität leider oft keine Gültigkeit. Ich finde es bedenklich, dass diese Einstellung bereits als »links« gilt, obwohl sie ein zentraler Leitwert unserer Gesellschaft sein sollte.

Warum bist du in dieser Partei?

Politisch engagiert war ich lange Zeit eher im Ehrenamt. Neben Beruf und Familie rückte dieses Engagement zuletzt in den Hintergrund. Angesichts der starken Präsenz rechter Kräfte in meiner neuen Heimat wuchs jedoch der Wunsch, mich wieder aktiv einzubringen und Verantwortung zu übernehmen.

Was regt dich auf?

Einfache Antworten auf komplexe Fragen, Egoismus und gesellschaftliche Gleichgültigkeit. Das zeigt sich auch in massiven Einsparungen im sozialen, kulturellen und im Bildungsbereich. Was keinen unmittelbaren Profit verspricht, wird gekürzt – auf Kosten der Schwächsten. Die langfristigen Folgen, etwa im Bildungsbereich, lassen sich kaum beziffern und nicht mehr rückgängig machen.

Was hat dich in letzter Zeit am meisten überrascht?

Dass auch kleine Gespräche Veränderungen bewirken können – wenn man sich Zeit nimmt und den Mut hat, ins Gespräch zu gehen.

Vaterland, Mutterland, Deutschland – wie gern lebst du hier?

Ich halte es für ein großes Glück, hier geboren zu sein und von Wohlstand und Privilegien zu profitieren. Gleichzeitig bereiten mir die wachsende soziale Ungleichheit und die zunehmende Abstumpfung vieler Menschen große Sorgen.

Welche Eigenschaften schätzt du an Menschen besonders?

Loyalität, Zuverlässigkeit und Humor – gern auch dann, wenn er gelegentlich etwas fragwürdig ist.

Wie soll Jüterbog in zehn Jahren aussehen?

Ich wünsche mir ein vielfältigeres Jüterbog: mehr Kultur, mehr Kulinarik, mehr Zuzug. Damit das funktioniert, müssen jedoch grundsätzliche Dinge wie zum Beispiel eine ausreichend medizinische Versorgung und nicht zuletzt eine gewisse Offenheit der Jüterboger*innen vorhanden sein.

Was bedeuten Kunst und Kultur für dich?

Ohne Kunst und Kultur wäre alles grau – und das kann niemand wollen.

Nachgefragt hat Nicole Liedtke.

Neues Jahr, gleiches Frühstück Klassenmampf geht in die nächste Runde



Foto: KamranAydinovi/Freepik

Auch im Jahr 2026 geht unser Projekt »Klassenmampf: Frühstück für alle« in Luckenwalde weiter – und das mit genauso viel Herz, Austausch und guter Stimmung wie in den vergangenen Jahren.

Bei unserem kleinen Neujahrsempfang im Januar wurde das direkt spürbar: Der Raum war gut gefüllt, es wurde gelacht, diskutiert und natürlich gemeinsam gegessen. Viele bekannte Gesichter waren wieder dabei, doch besonders schön ist jedes Mal zu sehen, dass auch neue Interessierte den Weg zu uns finden, sich dazusetzen und ganz selbstverständlich Teil der Gespräche werden.

Seit dem allerersten Treffen ist einiges passiert. Was einst mit nur vier Parteimitgliedern begann, die sich ganz unkompliziert zu einem gemeinsamen Frühstück verabredeten, hat sich Schritt für Schritt weiterentwickelt. Aus einer spontanen Idee ist inzwischen ein festes Konzept geworden, das über Luckenwalde hinaus Aufmerksamkeit bekommen hat. Andere Strukturen und Kreisverbände haben sich inspirieren lassen und ähnliche Formate ins Leben gerufen. Das zeigt: Manchmal sind es gerade die kleinen, niedrigschwelligen Angebote, die Menschen zusammenbringen und langfristig etwas bewegen.

Doch »Klassenmampf« ist mehr als nur gemeinsames Essen. Es ist ein Ort für Begegnung, Austausch und solidarisches Miteinander. Zwischen frischen

Brötchen, selbstgemachten Aufstrichen und dampfendem Kaffee entstehen Gespräche über den Alltag, über politische Themen, über Sorgen, Ideen und Perspektiven. Rezepte werden geteilt, Erfahrungen ausgetauscht und neue Kontakte geknüpft. Die freundliche, offene Atmosphäre macht es leicht, ins Gespräch zu kommen – ganz ohne Druck, ganz ohne Verpflichtungen.

In dieser Ausgabe möchten wir daher vor allem eines: Danke sagen. Danke an alle Teilnehmer*innen, die mit ihren Beiträgen, ihren Gedanken und ihrer Zeit dieses Frühstück zu etwas Besonderem machen. Danke für die vielen anregenden Diskussionen, für das Engagement, für das Zuhören und füreinander Dasein. Ohne euch wäre »Klassenmampf« nur eine Idee geblieben – durch euch ist es zu einem lebendigen Treffpunkt geworden. Auch für dieses Jahr ist wieder ein Termin pro Monat geplant. Der nächste findet am 8. März statt – wie immer im Parteibüro der Linken in Luckenwalde, Rudolf-Breitscheid-Straße 19. Klingt das interessant? Dann kommt gerne vorbei, setzt euch dazu und frühstückt mit uns. Eine Parteimitgliedschaft oder Voranmeldung ist nicht notwendig. Alle sind willkommen.

Wir freuen uns auf euch – auf viele weitere gemeinsame Frühstücke und ein schönes Jahr 2026!

Elian Franz, Mitglied des Kreisvorstandes

Vor Ort und im Netz

Die Linke in Teltow-Fläming:

Geschäftsstellen und Bürgerbüros

14943 Luckenwalde

R.-Breitscheid-Straße 19
Mittwoch 14:00–18:00 Uhr
Telefon: 03371 632267
E-Mail: info@dielinke-tf.de
dielinke-luckenwalde.de

14913 Jüterbog

Große Straße 62
Dienstag 10:00–12:00 Uhr
Telefon: 03372 432691
E-Mail: tf.sued@dielinke-tf.de
dielinke-tf-sued.de

14974 Ludwigsfelde

Maxim-Gorki-Straße 10
Dienstag 10:00–13:00 Uhr
Donnerstag 16:00–19:00 Uhr
Telefon: 03378 510653
E-Mail: ludwigsfelde@dielinke-tf.de
dielinke-ludwigsfelde.de

facebook.com/dielinke.tf
instagram.com/dielinke.tf
tiktok.com/@dielinke_tf

Auch interessant:

dielinke-rangsdorf.de
dielinke-zossen.de
dielinke-blankenfelde-mahlow.de

Spendenkonto

Mittelbrandenburgische Sparkasse Potsdam (MBS)
IBAN: DE80 1605 0000 3633 0274 15

Leserbriefe und Zuschriften

sind ausdrücklich erwünscht.

Papier sparen?

Bestellen Sie den Linksblick online und erhalten Sie ihn zukünftig per E-Mail: kurzelinks.de/vvon



Impressum

Herausgeber: Kreisverband Teltow-Fläming der Partei Die Linke

Vi.S.d.P.: Felix Thier
vorsitz@dielinke-tf.de

Redaktion: Felix Thier
redaktion@dielinke-tf.de

Redaktionsschluss:
31. Januar 2026

Layout und Druck: MediaService GmbH Druck und Kommunikation

Gedruckt auf Circle Offset white Recyclingpapier, 100 % Recyclingfasern

Auflage 1.400, Januar 2026

Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen.

Neujahrsbrunch in Jüterbog



Fotos: E. Liese



Fotos: E. Liese

Reichlich und schön gedeckt war es zum Brunch.

Mit einem Neujahrsbrunch am 18. Januar 2026 ist der Regionalverband Teltow-Fläming Süd in das neue politische Jahr gestartet. In den Räumen der Geschäftsstelle in Jüterbog kamen zwölf Genossinnen und Genossen sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten zusammen, um sich in entspannter Atmosphäre auszutauschen, ins Gespräch zu kommen und gemeinsam Zeit miteinander zu verbringen.

Der Weg zu diesem Vormittag war allerdings nicht frei von Hindernissen. Im Vorfeld kam es zu organisatorischen Komplikationen, da zwei der ursprünglichen Organisatorinnen kurzfristig ausfielen. Umso größer ist der Dank an Edeltraut und Maritta, die ohne Zögern eingesprungen sind und den Neujahrsbrunch kurzerhand übernommen haben. Mit viel Engagement und Pragmatismus sorgten sie dafür, dass die Veranstaltung dennoch stattfinden konnte und sich alle Teilnehmenden willkommen fühlten.

Der Brunch selbst war geprägt von einer offenen, ruhigen und freundlichen Stimmung. Bei gutem Essen und lockeren Gesprächen nutzten die Anwesenden die Gelegenheit, sich über alte gemeinsame Zeiten, persönliche Entwicklungen und auch über die aktuelle politische Lage auszutau-

schen. Im Mittelpunkt stand dabei nicht die Erarbeitung konkreter Beschlüsse, sondern der persönliche Kontakt und das Wiedersehen in ungezwungener Runde.

Ganz bewusst wurde auf eine feste Tagesordnung verzichtet. Der Vormittag war als niedrigschwelliges Angebot gedacht: zum Zuhören, Mitreden oder einfach zum Dabeisein. Gerade diese Offenheit wurde von vielen als angenehm empfunden und trug zur entspannten Atmosphäre bei. Da der Regionalvorstand an diesem Tag nur durch eine Person vertreten war, wurde der ursprünglich angedachte Programmteil des Vorstandes bewusst zurückgestellt. Stattdessen entwickelten sich lebendige Gespräche aus der Runde heraus, die Raum für spontane Wortmeldungen, persönliche Einschätzungen und gegenseitiges Zuhören ließen. Der Neujahrsbrunch zeigte damit, dass politische Gemeinschaft nicht immer formale Strukturen braucht. Begegnung, Austausch und gegenseitige Wertschätzung sind eine wichtige Grundlage für weiteres Engagement im Regionalverband und genau dafür bot dieser Vormittag einen passenden Rahmen.

Benjamin Petzhold, Vorstand Regionalverband TF Süd

Dabei sein

Termine und AKTIONEN (Unter Vorbehalt)

Linkstreff Ludwigsfelde, Maxim-Gorki-Str. 10

[solid] – Plenum der Linksjugend

jeden Sonntag, jeweils 14:00 Uhr

Linke Stunde

Do., 05.03., 18:00 Uhr

Frauentagsbrunch

So., 08.03., 10:00 Uhr

Linker Seniorentreff

Di., 10.03. und 14.04., jeweils 10:00 Uhr

Sitzung Regionalvorstand TGL

Mo., 16.03. und 20.04., jeweils 18:00 Uhr

Rote Socken und mehr ...

Sa., 21.03. und 18.04., jeweils 10:00 Uhr

Linkes Frühstück

Sa., 28.03. und 25.04., jeweils 10:00 Uhr

Linkstreff Luckenwalde, R.-Breitscheid-Str. 19

Klassenkampf und Frauentagsfeier

So., 08.03., 10:00 Uhr

Beratung Redaktion Linksblick

Mi., 11.03., 17:30 Uhr

Beratung Kreisvorstand

Mi., 11.03., 18:30 Uhr

Basistreffen

Mo., 16.03. und 20.04., jeweils 14:00 Uhr

Beratung Kreisvorstand

Mi., 15.04., 18:30 Uhr

Linkstreff Jüterbog, Große Straße 62

Frauentagsfeier

So., 08.03., 15:00 Uhr

Seniorenachmittag

Di., 10.03. und 14.04., jeweils 14:30 Uhr

Kreisverband / überregional

Ehrungen zum Frauentag

So., 08.03., in den Regionen

12. FrühLINKSempfang und Neumitgliedertreff

Fr., 20.03., 17:00 Uhr, Ort noch offen

Osterhasenfest

Sa., 04.04., 10:00 Uhr, Kräutergarten am Kulturquartier, Jüterbog